

Journal

FÜR POLITISCHE BILDUNG

4
2015

Unzufriedene
Demokraten –
radikalisierte
Überzeugungen

Menschen, Medien, Mächtige
& PEGIDA

Salafismus als Befreiungstheologie?

Besorgte, Wut-, Protest- und
Partizipationsbürger

Schlaglicht „Linksextremismus“



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

JOURNAL

FÜR POLITISCHE BILDUNG

Unzufriedene Demokraten – radikalisierte Überzeugungen

bap

Menschen, Medien, Mächtige & PEGIDA
Salafismus als Befreiungstheologie?
Besorgte, Wut-, Protest- und Partizipationsbürger
Schlaglicht „Linksextremismus“

Herausgegeben
vom Bundesausschuss Politische Bildung
und Wochenschau Verlag



copyright Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

IMPRESSUM – JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Herausgegeben wird das JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG (ein Zusammenschluss von *kursiv* und Praxis Politische Bildung) vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap), vertreten durch Klaus Waldmann (Vorsitzender), und dem Wochenschau Verlag, vertreten durch Bernward Debus.

Redaktionsleitung: Felix Münch, M.A., Brandgasse 10, 35390 Gießen, Tel.: 0641/4983934, journal@wochenschau-verlag.de

Jugendbildung: Prof. Dr. Benno Hafenegger lehrt an der Philipps-Universität Marburg zu „Jugend und außerschulischer Jugendbildung“ (Institut für Erziehungswissenschaft, Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Straße 6b/II, 35032 Marburg, Tel.: 06421/28-25173, Fax: 06421/28-28946, benno.hafenegger@staff.uni-marburg.de)

Non-formale Bildung: Benedikt Widmaier, M.A., ist Direktor des Hauses am Maiberg in Heppenheim (Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung, Ernst-Ludwig-Straße 19, 64646 Heppenheim, Tel.: 06252/9306-11, Fax: 06252/9306-17, b.widmaier@haus-am-maiberg.de)

Erwachsenenbildung: Dr. Christine Zeuner ist Professorin für Erwachsenenbildung an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg (Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Tel.: 040/6541-2796, Fax: 040/6541-2546, zeuner@hsu-hh.de)

Beiträge und Meinungsäußerungen zur Diskussion sind erwünscht. Die Annahme setzt voraus, dass der Verfasser denselben Gegenstand nicht gleichzeitig an anderer Stelle behandelt oder den Beitrag bereits anderweitig veröffentlicht hat bzw. zur Veröffentlichung eingereicht hat. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Sie können zurückgeschickt werden, wenn Rückporto beigefügt ist.

Urheberrecht: Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den vom Gesetzgeber vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Verlag und Vertrieb: WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Verleger: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Geschäftsführung: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Silke Schneider, Vertriebsleitung: Christoph Steintrücken, Tel.: 06196/86065, Fax: 06196/86060, info@wochenschau-verlag.de, www.wochenschau-verlag.de



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Förderung: Die Zeitschrift wird aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Bezugsbedingungen: Es erscheinen 4 Hefte jährlich. Einzelheftpreis € 18,00; im Abonnement € 14,95; Jahresabonnement € 59,80; alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten. Die Kündigungsfrist für das Abonnement beträgt acht Wochen zum Jahresende (31.10.). Bankverbindung: Volksbank Weinheim, Kto. 000 127 0907, BLZ 670 923 00, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNM. Wir empfehlen die preiswerteste und bequeme Zahlung im Lastschriftverfahren.

Anzeigenleitung: Brigitte Bell, 69469 Weinheim, Tel.: 06201/340279, Fax: 06201/182599, brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Anschriftenänderung: Um die pünktliche Lieferung sicherzustellen, bitte Anschriftenänderungen rechtzeitig (mit Angabe der alten Adresse) dem Verlag mitteilen.

Grafische Gestaltung: Klaus Ohl, Wiesbaden

© WOCHENSCHAU Verlag, Schwalbach/Ts., Dr. Kurt Debus GmbH

Digitale Ausgabe: ISBN 978-3-7344-0314-9 | ISSN 2191-8244
www.journal.wochenschau-verlag.de | journal@wochenschau-verlag.de |
www.wochenschau-verlag.de | www.bap-politischebildung.de | info@bap-politischebildung.de

copyright Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts.

INHALT

Editorial	5
SchwerPunkt	UNZUFRIEDENE DEMOKRATEN – RADIKALISIERTE ÜBERZEUGUNGEN	7
	Simon Teune Verstärkt, verdammt und verstanden Über den öffentlichen Umgang mit PEGIDA	8
	Stine Marg Über wütende Bahnhsgegner und selbsternannte Patrioten Ist der Protestbürger eine Gefahr für die Demokratie?	16
	Judy Korn, Thomas Mücke Pädagogisch-bildender Ansatz zur Deradikalisierung im Phänomenbereich des religiös begründeten Extremismus	25
	Michael Görtler Unzufriedene Demokraten und Radikalisierung als Herausforderung für die politische Bildung	34
MitDenken	Alice Blum Neue Rechte als Herausforderung für politische (Jugend-)Bildungsarbeit am Beispiel der Identitären Bewegung in Deutschland	44
ÜberGrenzen	Werner Prinzjakowitsch Politische Bildung in der Offenen Jugendarbeit in Österreich	54

LeseZeichen	65
Wutbürger von rechts / Soziales Lernen – eine Chance für die politische Bildung / Soziale Ungleichheit / Der verstümmelte Körper als Zukunft der Welt	
VorGänge	75
Schlaglicht „Linksextremismus“ / Links-Rechts Reloaded – Zur wissenschaftlichen Wiederentdeckung des „Linksextremismus“ / Jeder Sechste ein Linksextremist auf der Einstellungsebene? / Fremdgesteuertes Demokratielernen? / Studentische Politikberatung: Policy Lab / Kompetenz zum Widerstand – eine vernachlässigte Bildungsaufgabe?	
AugenMerk	93
Kritisch-emanzipatorische politische Bildung: Frankfurter Erklärung / Otto Brenner Stiftung: Studie zur „Querfront“ / DGfE: 25. Kongress in Kassel / FES: Open Educational Resources / Transferstelle: Jahrestagung / Personen & Organisationen / Veranstaltungen	

Weitere Heftplanung

Journal für politische Bildung

- Heft 1/16 **Medien wirken**
Redaktionsschluss: 13. November 2015
- Heft 2/16 **Vertreibung, Flucht, Asyl**
Redaktionsschluss: 12. Februar 2016
- Heft 3/16 **Arbeitswelt 4.0**
Redaktionsschluss: 13. Mai 2016
- Heft 4/16 **Besser leben**
Redaktionsschluss: 12. August 2016

Im Sommer 2015 eilt die extreme und populistische Rechte – so scheint es – in Deutschland von Erfolg zu Erfolg. Beinahe täglich brennen Geflüchtetenunterkünfte, und es beruht lediglich auf glücklichen Umständen, dass noch keine Menschen zu Tode gekommen sind. Die „Asylproblematik“ wird im etablierten politischen Lager auch weit links der C-Parteien diskutiert und kommt in seiner Undifferenziertheit einer Kapitulation des Staates gleich. Der größte Sieg der Rechtsextremen ist (bisher) allerdings ein rhetorisch-diskursiver: Der „Asylkritiker“ ist weitgehend kommentarlos in die Berichterstattung deutscher Medien sowie in den politischen und öffentlichen Diskurs eingezogen und wird eine bleibende Folgeerscheinung von PEGIDA sein. Dazu bemerkte David Hugendick so treffend in der ZEIT: „Es sind die Wochen der ‚Asphaltdeutschen‘ (Horvath), die aber offenbar nicht mehr so genannt werden sollen, auch nicht mehr Ausländerfeinde, im Zweifel nicht einmal mehr Neonazis. Mittlerweile sind für diesen Mob, der da seine Ressentiments durch die Straßen trägt, die Wörter ‚Asylkritiker‘ oder ‚Asylgegner‘ üblich geworden – Begriffe, die sich diese Gruppen selbst zueignen [...]. Inzwischen übernehmen einige Medien diese Wörter, ohne sich nähere Gedanken zu machen, was und vor allem welcher Gesinnung hier nachgeplappert wird. Der ‚Asylkritiker‘ reiht sich ein ins krypto-totalitäre Vokabelheft, wo schon der ‚gesunde Menschenverstand‘ steht, der ‚besorgte Bürger‘, der ‚Islamkritiker‘ und die ‚schweigende Mehrheit‘. Ein ganzes Bestiarium des Volksempfindens.“ Die Etablierung des ‚Asylkritikers‘ im öffentlichen Diskurs ist der vielerorts gelungene Versuch, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zur legitimen Diskursposition zu erheben und die zugehörige Ideologie salonfähig zu machen.

Medien, Politik und Öffentlichkeit adaptieren mit dem Vokabular nicht nur deren Logik, sondern auch die Vorstellung, man müsste einen Dialog über ein im Grundgesetz festgeschriebenes Recht führen und die „Sorgen“ dieser Leute ernst nehmen. Plötzlich klingt alles nach einer Meinungsverschiedenheit zwischen politisch engagierten und zivilisierten Bürgern, zwischen Kritikern und Befürwortern, als ginge es hier um Initiativen, die sich um einen neuen Bahnhof streiten oder über ein Freihandelsabkommen. Als ginge es bloß um einen Austausch von Meinungen, und nicht um etwas, das keine Verhandlungssache ist, sondern ein Grundrecht. Wenn der im Sommer 2015 überbordende Rassismus tatsächlich von „Asylkritikern“ zu verantworten ist, dann wurden, diesem Euphemismus folgend, im Nationalsozialismus die Bücherverbrennungen offenbar von „Literaturkritikern“ durchgeführt.

Im Entstehungsprozess dieses Heftes kamen Nachfragen auf, welchen Personenkreis wir im Kontext der aktuellen Ereignisse genau mit „unzufriedenen Demokraten“ meinen. Als solche bezeichnen wir diejenigen, die aus Enttäuschung über politische Entscheidungen auf die Straße gehen und damit signalisieren, dass sie mit gesellschaftlichen und/oder politischen Entwicklungen unzufrieden sind. Damit meinen wir ganz bewusst diejenigen nicht, die mit Hetzparolen gegen das Grundrecht auf Asyl demonstrieren, sich menschenfeindlich und rassistisch verhalten oder gar Flüchtlingsunterkünfte anzünden. Diese Menschen verorten sich mit ihren „radikalierten Überzeugungen“ außerhalb des demokratischen Diskurses und finden in verschiedenen Zusammenhängen in dieser Ausgabe ebenso Beachtung wie die Betätigungsfelder „unzufriedener Demokraten“.

Der Eröffnungsbeitrag zum Schwerpunkt des Heftes stammt aus der Feder von *Dr. Simon Teune* (Institut für Protest- und Bewegungsforschung), der den medialen Umgang mit dem Phänomen PEGIDA aufarbeitet und dabei insbesondere die Resonanz in den Parteien und in der Zivilgesellschaft auf den „Ruf nach einer demokratischen Wiedererweckung und der Verteidigung des Abendlandes“ der Demonstrierenden widerspiegelt und einordnet. *Dr. Stine Marg* (Göttinger Institut für Demokratieforschung) zeigt im Anschluss daran vergleichend auf, welche strukturellen Gemeinsamkeiten und Differenzen – bei aller politischer Unterschiedlichkeit – es bei den Protestierenden gegen den Stuttgarter Bahnhof, gegen Energiewendeprojekte sowie den PEGIDA-Demonstrant/-innen in Dresden gibt.

Der folgende Beitrag widmet sich dem pädagogisch-bildenden Ansatz zur Deradikalisierung im Kontext des religiös begründeten Extremismus und insbesondere des extremistischen Salafismus, der laut *Judy Korn* und *Thomas Mücke* (Violence Prevention Network e. V., Berlin) gewissermaßen eine „Befreiungstheologie“ darstellt und damit einfache Wertungen und Lösungen für extremismusgefährdete Jugendliche anbietet. Der Schwerpunkt schließt mit einem analytischen Aufsatz von *Michael Görtler* (Otto-Friedrich-Universität Bamberg/Universität Bayreuth), in dem der Autor die empirischen Erkenntnisse von *Dr. Stine Marg* et al. als essentielle Herausforderung für die politische Bildung weiterentwickelt. Dass sowohl unzufriedene Demokraten als auch Radikale keine Einzelphänomene oder Randgruppen darstellen, sondern zumeist der „Mitte der Gesellschaft“ entstammen, verschärft die Frage, wo sich Vermittlungsprobleme zwischen Politik und Bürger/-innen

ausmachen lassen und welche Konsequenzen sich daraus für die politische Bildung ergeben.



Alice Blum (Frankfurt University of Applied Sciences) nimmt in ihrem praxisnahen Beitrag in der Rubrik MitDenken die Herausforderung für politische (Jugend-)Bildungsarbeit am Beispiel der Identitären Bewegung in den Fokus und stellt den Anti-Bias-Ansatz als Alternative zu klassischen Konzepten politischer Bildungsarbeit vor. Bei ÜberGrenzen setzt sich *Werner Prinzjako-witsch* (Verein Wiener Jugendzentren) mit der politischen Bildung in der außerschulischen Jugendarbeit in Österreich auseinander und setzt dabei einen Fokus auf die Zugänge und Aktivitäten der Offenen Jugendarbeit, welche auch das Arbeitsgebiet des Autors ist.



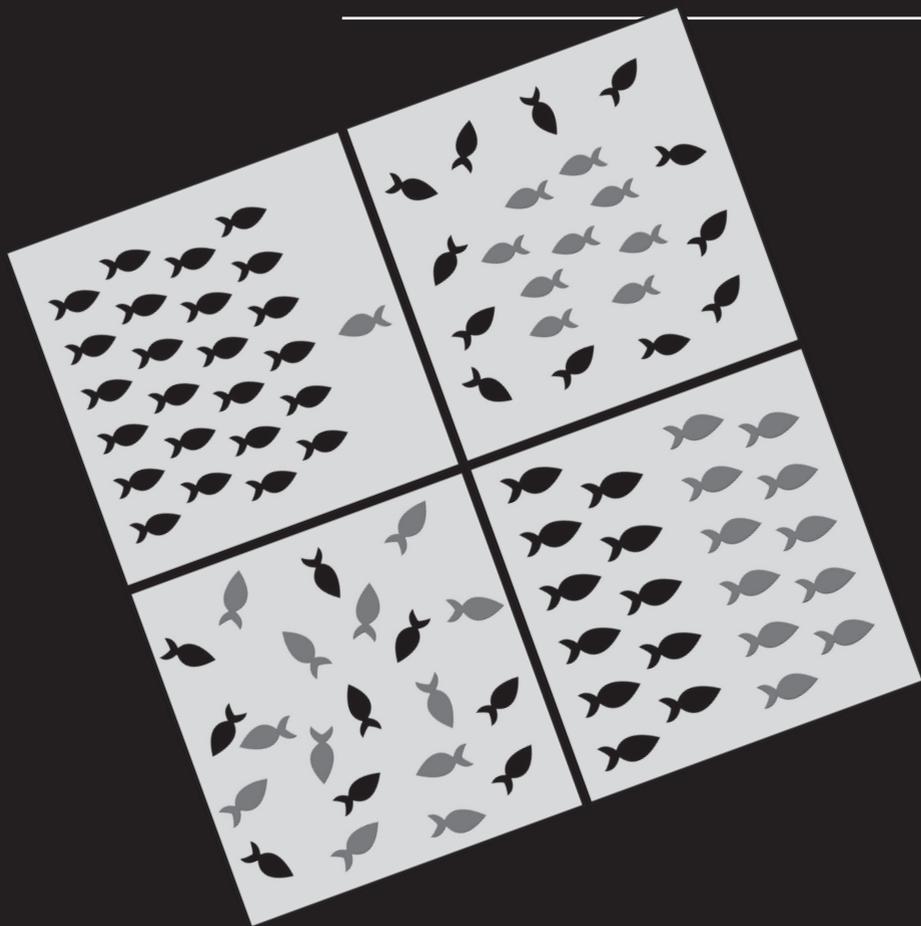
Die folgenden Rubriken enthalten Rezensionen, Nachrichten, Kommentare und Materialien zur Bildungsszene. In der Rubrik VorGänge wird insbesondere ein Schlaglicht auf staatliche Prävention im Kontext von „Linksextremismus“ geworfen. Alle Mitarbeiter/-innen der politischen Bildung sind aufgefordert, vom Journal als Forum für den fachlichen Diskurs Gebrauch zu machen. Zu den Themenschwerpunkten sollten möglichst frühzeitig Anregungen und Vorschläge an die Redaktion gerichtet werden. Das Gleiche gilt für Hinweise auf Projekte, Veranstaltungen u. a. Dabei sind die Redaktionstermine der Zeitschrift (siehe Heftplanung) zu berücksichtigen.

Die Journal-Redaktion

Benno Hafener, Felix Münch (verantwortlich), Benedikt Widmaier, Christine Zeuner

Kontakt: journal@wochenschau-verlag.de

Schwer Punkt



© Group Dynamics; whether animals or humans © Sangori

Unzufriedene Demokraten – radikalisierte Überzeugungen

Verstärkt, verdammt und verstanden

Über den öffentlichen Umgang mit PEGIDA



SIMON TEUNE

Dr. Simon Teune forscht als Soziologe zu Protesten und sozialen Bewegungen. Er ist Sprecher des Arbeitskreises soziale Bewegungen in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) und Mitbegründer des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung.

Die Welle von Demonstrationen, die unter der griffigen Abkürzung PEGIDA die Diskussionen zu Anfang des Jahres beherrschte, wurde von einer öffentlichen Aufmerksamkeit begleitet, die in der Geschichte deutscher Protestbewegungen ihresgleichen sucht. Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ und ihre mit Lokalcolorit abgekürzten Ableger faszinierten die Beobachter/-innen. Zum einen traf die Dynamik der von Woche zu Woche sich verdoppelnden Teilnehmerzahlen in Dresden auf den scheinbar über Nacht sich Bahn brechenden Siegeszug der dschihadistischen IS-Truppen in Syrien und Irak. Die „Glaubenskriege“, die die PEGIDA-Organisator/-innen „auf deutschem Boden“ befürchteten, nachdem eine Demonstration in Dresden die Bewaffnung kurdischer Kämpfer/-innen im Konflikt mit den Dschihadist/-innen gefordert hatte (sic!), waren in den Nachrichten täglich Thema. In dieser Situation inszenierte sich PEGIDA als

Stimme der Aufklärung gegen die Barbarei. Zum anderen faszinierte die Tatsache, dass so viele Protestierende sich offen zu einem völkischen Identitätsangebot bekannten, das bei Demonstrationen bis dato vor allem von der extremen Rechten beschworen wurde. In Dresden machte diese extreme Rechte nur einen kleinen Teil der Demonstrierenden aus. Die mitgeführten Plakate und die aus der Sprache des Nationalsozialismus entlehnte Schmähung von Regierenden („Volksverräter“) und Medienschaffenden („Lügenpresse“) machten aber deutlich, dass die Proteste von einem rassistischen und populistischen Konsens getragen wurden. PEGIDA stand also auch für eine Verschiebung in der Protestkultur: in einem in der Geschichte der Bundesrepublik nie dagewesenen Ausmaß reklamierten Demonstrierende im Namen kultureller Homogenität und im Widerspruch zu einer liberalen gesellschaftlichen Hegemonie die Straße für sich.

Mit dem Ruf nach einer demokratischen Wiedererweckung und der Verteidigung des Abendlandes waren zwei Momente eines Unbehagens in der von kultureller Vielfalt geprägten Demokratie adressiert. Dabei waren die Motive von PEGIDA nicht neu.

- Schon vorher hatte es Demonstrationen gegeben, bei denen die extreme Rechte gemeinsam mit „Normalbürgern“ auf die Straße ging – vor allem im Zusammenhang mit neu entstehenden Unterkünften für Asylsuchende und Flüchtlinge, z.B. im Berliner Stadtteil Hellersdorf oder in der sächsischen Kleinstadt Schneeberg.
- Schon vorher waren Regierung und Medien als ferngesteuert und manipulativ beschimpft worden – zuletzt in den Montagsmahnwachen für den Frieden, die sich im Sommer 2014 als Reaktion auf die militärische Zuspitzung in der Ukraine gebildet hatten (vgl. Daphi u.a. 2014).
- Schon vorher war der antimuslimische Rassismus offen zutage getreten – nicht nur bei antimuslimischen Kleinstparteien wie *Pro Köln* oder in Onlineforen wie einem der meistgelesenen deutschen Blogs, *Politically Incorrect*, sondern auch im politischen und medialen Establishment: mit den Bestsellern von Sarrazin und Buschkowsky oder Titelbildern von Nachrichten- und Wochenmagazinen, auf denen Muslime pauschal zur Gefahr erklärt wurden¹.

Alle diese Entwicklungen waren für sich genommen Gegenstand öffentlicher Debatten geworden. Mit PEGIDA wurden sie zusammengeführt und beanspruchten den öffentlichen Raum mit der Macht großer Teilnehmendenzahlen für sich.

Die Reaktionen auf das Phänomen, um die es hier gehen soll – die Medienberichterstat-

tung, die Resonanz in den Parteien und in der Zivilgesellschaft – zeigen: die PEGIDA-Demonstrationen hatten einen Nerv getroffen. Über mehrere Wochen hinweg konnte man PEGIDA und den anderen lokalen -GIDAS nicht entkommen. In der Tageszeitung, im Radio und im Fernsehen, in sozialen Medien wie *Facebook* und *Twitter*, oder in alltäglichen Diskussionen beherrschten die montäglichen Prozessionen das Bild. Betrachtet man allerdings allein die Teilnehmendenzahlen, so ragte PEGIDA in der deutschen Protestgeschichte nicht eben heraus. Beispielsweise entwickelten sich die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV mit einer ähnlichen Dynamik, brachten deutlich mehr Teilnehmende auf die Straße, erfuhren aber nicht annähernd die gleiche Medienaufmerksamkeit wie PEGIDA. Die Proteste, die von Dresden ausgingen, stehen also paradigmatisch dafür, dass Protestbewegungen dadurch gesellschaftliche Wirkung entfalten, dass sie medial aufgegriffen und verstärkt werden. Zwar wurde das, wofür PEGIDA stand, in einem Großteil der Reaktionen deutlich zurückgewiesen, ja, verdammt. Nichtsdestotrotz wurden die Motive der Demonstrierenden breit diskutiert und zum Teil von Parteien und Kommentator/-innen aufgegriffen. Auch das ist für eine Protestbewegung außergewöhnlich. Regierende und Kommentator/-innen signalisierten PEGIDA: wir haben Verständnis.

Die diskursiven Gelegenheitsstrukturen für PEGIDA

Um den Erfolg von PEGIDA zu rekonstruieren wird im Folgenden das Konzept der diskursiven Gelegenheitsstrukturen aufgegriffen, wie es von Ruud Koopmans und Susan Olzak

(2004) formuliert wurde. Sie erklären die Verbreitung rassistischer Gewalt in den 1990er Jahren mit der öffentlichen Darstellung der Ereignisse. Koopmans und Olzak können zeigen, dass (1) die Medienaufmerksamkeit für Gewalt deren Ausmaß in der Folge erhöht und dass (2) Attacken auf jene Opfergruppen wahrscheinlicher werden, die in der Öffentlichkeit negativ dargestellt werden. In den 1990er Jahren waren Schutzsuchende auch in der öffentlichen Diskussion als anonyme Masse und potenzielle Gefahr dargestellt worden. Die Serie rassistischer Morde und Übergriffe riss nicht ab, sondern sie wurde durch die mediale Aufmerksamkeit und teils auch durch unterstützende Kommentare befeuert. Das Modell von Koopmans und Olzak unterscheidet drei Kategorien, die die Ausweitung rassistischer Gewalt erklären: *Sichtbarkeit* ist die Wiedergabe einer Botschaft über einen öffentlichen Kanal, z.B. einen Nachrichtensender. *Resonanz* bedeutet, dass eine Protestbotschaft von dritten aufgenommen und kommentiert wird. Diese Reaktion kann ne-

gativ (Dissonanz) oder positiv (Konsonanz) ausfallen. In jedem Fall erhöht sie die Aufmerksamkeit für die Protestierenden. Die *Legitimität* einer Protestbotschaft ergibt sich schließlich aus der Gewichtung von positiven und negativen Urteilen.

Sichtbarkeit

Die PEGIDA-Demonstrationen waren über mehrere Wochen hinweg ein Medienereignis. Als sich Ende November 2014 abzeichnete, dass PEGIDA auf bereits hohem Niveau mit noch weiterer Unterstützung rechnen konnte, setzte die überregionale Berichterstattung ein. In den folgenden Wochen wuchs der Anteil der Zeitungsberichte exponentiell. Eine Suche nach dem Begriff „PEGIDA“ mit der Nachrichtensuchmaschine *LexisNexis*, die im Zeitraum vom 27. Oktober 2014 bis 24. April 2015 für jede Woche wiederholt wurde, zeigt nach dem Überschreiten der Marke von 10.000 Teilnehmer/-innen bei der PEGIDA-Demonstration am 8. Dezember 2014 einen Anstieg auf 474 Zeitungsartikel gegenüber 72

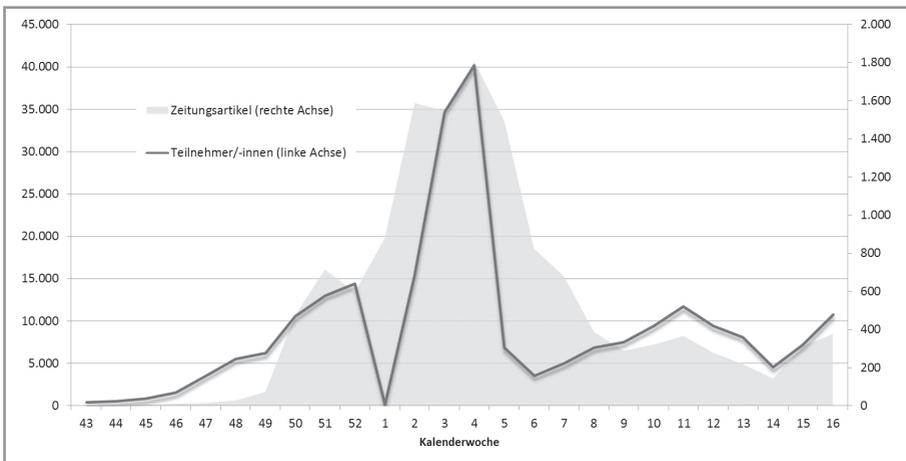


Abbildung 1: Summe der Pegida-Teilnehmer/-innen und Zeitungsartikel im Zeitverlauf (Quelle: LexisNexis)